

Bürgerschaft am 25.08.2022, **TOP Ö 7.16**

Titel: Krisenstab Energie

Einreicher: Mathias Miseler Fraktion DIE LINKE. / SPD

Anfrage:

1. Gibt es einen Krisenstab Energie, der sich mit der zunehmend schwierigen Energiesituation und den Auswirkungen des Gasembargos befasst? Wenn ja, welche konkreten Aufgaben hat dieser; wenn nein, warum nicht?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Stadtverwaltung oder hat sie schon ergriffen, um Energiepotentiale in und an öffentlichen Gebäuden zu nutzen?
3. In welchem Zeitraum und in welchem Umfang kann auf Straßenbeleuchtungen verzichtet werden?

Stellungnahme:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

zu 1.

Die Stadtwerke Stralsund haben im Juni 2022 einen Krisenstab Notfallplan Gas ins Leben gerufen. Dieser arbeitet in enger Abstimmung mit der Verwaltung der Hansestadt. Die wesentlichste Aufgabe des Krisenstabs ist die zentrale Koordinierung der Maßnahmen zur Vorbereitung auf die potentielle Mangellage und der Kommunikation zwischen allen relevanten Stellen. Es gibt in diesem Rahmen auch enge Abstimmungen zum Krisenstab des Landkreis Vorpommern-Rügen und der Institutionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Die Stadtverwaltung bearbeitet die Themen rund um die mögliche Gasmangellage aus der Linie heraus, d.h. in gemeinsamen Abstimmungen aller Amtsleitungen und des Oberbürgermeisters bzw. in direkter Zusammenarbeit betroffener Amtsleitungen. Schwerpunkte der Arbeit sind zum einen die Vorbereitung von Energieeinsparmaßnahmen, aber auch die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Verwaltung und der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr.

Zu 2.

Die Hansestadt hat seit 2020 ihre Anstrengungen zur Erzeugung von erneuerbarem Strom auf den eigenen Liegenschaften intensiviert. Mit ihrer Gesellschaft der SWS Natur GmbH wurden städtische Liegenschaften und Flächen im Eigentum der Hansestadt und ihrer Gesellschaften untersucht. Im Ergebnis wurden in 2020 und 2021 1.300 kWp PV-Leistung als Aufdachanlagen realisiert. Ein aktuelles Projekt ist die Installation einer PV-Anlage auf der Grundschule Juri-Gagarin. Weiteres Potential entsteht durch die Übernahme der Volkswerft. Hier ist die Installation von ca. 200 kWp im ersten Quartal 2023 geplant. Das Gelände bietet weiteres Potential von mindestens 1.800 kWp.

Auch im Bereich von PV-Anlagen zur ebenen Erde auf Flächen der HST war die Gesellschaft erfolgreich tätig. Im Ergebnis wird zum Beginn des Jahres 2023 die Anlage "Voigdehagen 1" mit einer Leistung von 10.000 kWp in Betrieb genommen. Bilanziell entspricht die dort erzeugte Strommenge 6% des Jahresverbrauchs im Netzgebiet Stralsund. Weitere Anlagen sind in Planung.

Gleichfalls wird die Stadt mögliche Energieeinsparpotentiale nutzen. So soll z. B. die Raumtemperatur in allen Verwaltungsgebäuden während der Heizperiode die Vorgaben der Arbeitsstättenrichtlinie "Raumtemperatur" nicht übersteigen. Auch der Verbrauch elektrischer Geräte soll in der Stadtverwaltung auf das notwendige Minimum reduziert werden.

Zu 3

Rein formell wäre es zulässig in Gebieten in denen kein Durchgangsverkehr stattfindet, in den späten Nachtstunden die Beleuchtung auszuschalten. Bei der Beurteilung von Einspareffekten gilt es aber auch Aspekte der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung zu berücksichtigen. Ein weiteres Dimmen im Regelfall hier nicht möglich, da bereits die schwächsten Leuchtmittel eingesetzt werden.

gez. Tanschus